

# Rheingauer Bote

Rüdesheimer Zeitung  
 Amtliches Bekanntmachungsblatt

Anzeigenpreis: 35 Pfg. für die einpaltige  
 Zeile, für auswärtige Anzeigen 40 Pfennig.  
 Textzeile im Reklamenteil 90 Pfennig. — Bei  
 mehrmaliger Aufnahme entsprechender Nachsch.  
 Druck und Verlag:  
 A. Meier's Buchdruckerei, Rüdesheim a. Rh.

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mitt-  
 woch und Freitag. Bezugspreis: viertel-  
 jährlich Mk. 6.—, in der Geschäftsstelle abgeholt  
 Mk. 5.80. Durch die Post bezogen vierteljährlich  
 Mk. 6.— ohne Bestellgeld.  
 Verantwortlicher Schriftleiter: Karl Meier

Fernsprecher 295.

Nummer 131.

Mittwoch, den 10. November 1920.

44. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Bekanntmachungen.

Der Gemeinde Rüdesheim ist eine größere Menge  
 Kleie zur Verteilung an die Kuh- und Ziegenhalter  
 überwiesen worden. Um eine gerechte Verteilung  
 der Kleie vornehmen zu können, werden die Kuh-  
 und Ziegenhalter aufgefordert, ihren Viehbestand  
 (Kühe, Kinder, Kälber und Ziegen) bis zum 13.  
 November 1920, mittags 12 Uhr, schriftlich oder  
 mündlich auf dem Lebensmittelamt, Kellerstraße 1,  
 anzumelden.

Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt  
 werden.

Rüdesheim, den 9. November 1920.

Der Magistrat: Neumann.

Freitag, den 12. November, wird in allen Kolo-  
 nialwarengeschäften der **November-Zucker** aus-  
 gegeben. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen  
 625 Gramm zum Preise von Mk. 4.40.

Abgetrennt wird Nr. 28 der Lebensmittelkarte.

Rüdesheim, den 10. November 1920.

Der Magistrat.

## Deutschlands Ernährungslage.

\* Berlin, 9. Nov. Im Hauptausschuß des Reichs-  
 tages erteilte Reichsernährungsminister Dr. Her-  
 mes Bericht über seine Ernährungspolitik und  
 gab dann folgende Uebersicht über den Stand der  
 Reichsgetreideversorgung:

An inländischem Getreide waren bis zum 8.  
 November abgeliefert: im Jahre 1918: 1908 000  
 Tonnen, 1919: 1 022 645 Tonnen, 1920: 622 073 Ton-  
 nen; dabei ist zu beachten, daß in den Ablieferungs-  
 zahlen für 1918 Bayern und die besetzten Gebiete  
 eingeschlossen sind. Bieviel Getreide die selbst-  
 wirtschaftenden Kommunalverbände beschlagnahmt  
 haben, kann nur geschätzt werden; es werden etwa  
 1,2 Millionen Tonnen sein. Die Ablieferung ist in  
 den letzten Wochen stark zurückgegangen. Die in-  
 ländische Landwirtschaft muß ihrer Ablieferungs-  
 pflicht stärker nachkommen. Wir werden kein Mit-  
 tel unversucht lassen, um das zu erreichen! In einer  
 Neufassung der Reichsgetreideverordnung sollen  
 auch härtere Strafen eingeführt werden für  
 Schwarzmahlen, vor allem aber für Verschleubun-  
 gen ins Ausland. Von dem Einfuhrprogramm von  
 2,5 Millionen Auslandsgetreide einschließlich  
 Streckungsmais sind heute bereits gekauft 902 000  
 Tonnen, so daß noch 1,6 Millionen Tonnen zu kau-  
 fen sind. Unter Zugrundelegung eines inländi-  
 schen Tageseinkanges von 2000 Tonnen und eines  
 Tageseinkanges an Auslandsgetreide von 10 000  
 Tonnen würde sich am 31. Dezember ein Bestand  
 von 950 000 Tonnen ergeben; die reine Brotver-  
 sorgung wäre dadurch bis Mitte März gewährlei-  
 stet. Der Minister läudiate dann die Einbringung  
 der Forderung für die Bereitstellung der Mittel  
 an und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die  
 Verbilligungsaktion für Brot einseitigen Fortdau-  
 ern müsse. Für die Teigwarenindustrie müsse  
 Auslandsgetreide zur Verfügung gestellt werden,  
 über zum Einstandspreis. Bezüglich der Mais-  
 einfuhr wurde mitgeteilt, daß seit der Freigabe im  
 September und Oktober 30 000 Tonnen eingeführt  
 worden seien. Im Sommer ist der Versuch ge-  
 macht worden, den der Maisseinfuhr der Bezugs-  
 vereinbarung der deutschen Landwirte zugrunde lie-  
 genden Plan der vertraglichen Schweinemast zu  
 verwirklichen. Es ergaben sich aber dabei auf bei-  
 den Seiten Schwierigkeiten. Der hohen Preise  
 machen ein umfassendes System der Schweinezucht  
 unmöglich. Es soll nun eine Abgabe von verbil-  
 ligtem Mais erfolgen, wofür dann billigere  
 Schweine abgeliefert werden müßten. Es wird ge-  
 hofft, daß dadurch auch ein Druck auf die Preise  
 ausgeübt wird.

Der Minister ging sodann auf die Frage der  
 Öle und der Margarine ein und gab ein Bild  
 von der Entwicklung in diesem Jahre. Das  
 Reichsministerium für Ernährung und Landwirt-  
 schaft fand bei seinem Amtsantritt im Reichsaus-  
 schuß für Öle und Fette Bestände im Betrage  
 von 4 Milliarden Mark vor. Es wurde damals  
 angeordnet, daß nicht weiter gekauft werde, aber  
 dem Reichsausschuß ist mitgeteilt worden, daß das  
 kein absolutes Verbot sei, sondern daß bei Käufen  
 die vorherige Genehmigung eingeholt werden

müsse. Die Wirkung der Freigabe war befriedi-  
 gend; der Abfall der Bestände ging schnell vor sich.  
 Der Reichsausschuß war damals der Meinung,  
 daß die Bestände bis Ende des Jahres reichen  
 würden. Die Schwierigkeiten sind jetzt überwun-  
 den. Der Minister wies weiter den Vorschlag zu-  
 rück, daß die Freigabe der Öle zu schnell erfolgt  
 sei; die Verhältnisse, namentlich in Süddeutschland,  
 hätten dazu gedrängt. Der Reichsausschuß habe  
 selbst nur mit 60 000 Zentnern gerechnet. Die Nach-  
 zahlung habe 55,3 Millionen Mark betragen; sie  
 sei im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzmini-  
 sterium aus Billigkeitsgründen erfolgt, weil sonst  
 diejenigen benachteiligt worden wären, die schnell  
 abgeliefert hätten. Es könne keine Rede davon  
 sein, daß ein Betrag von 350 Millionen Mark dem  
 Reich entzogen sei. Der Minister erörterte weiter  
 die Frage der Fleischversorgung und gab einen  
 Ueberblick über die Bestände. Bezüglich des  
 Futters könne er nur erklären, daß die Bewirt-  
 schaftung beibehalten werden müsse. Der Antrag  
 an Zuckerrüben sei gestiegen. Ausführlicher behan-  
 delte Dr. Hermes sodann die Frage der Düngem-  
 ittel. Es sei ein unerträglich Zustand, daß wir  
 große Lager hätten, daß aber die Acker leer  
 seien. Eine einfache Verbilligung sei nicht mög-  
 lich, weil keine Gegenleistung vorhanden sei. Man  
 müsse beim Stickstoff einen ähnlichen Weg in Aus-  
 sicht nehmen wie beim Kali, um die Gewinne der  
 Ausfuhr für eine Verbilligung im Innern zu be-  
 nutzen. Man müsse auch die Möglichkeit eines an-  
 deren Verteilungsmodus und eventuell eine stär-  
 kere Heranziehung des Handels ins Auge fassen.  
 Des weiteren behandelte der Ernährungsminister  
 die Frage des Grenzschnuggels. Der  
 Reichsregierung sei bekannt, daß an der holländi-  
 schen Grenze ein lebhafter Schmuggel stattfinde. Es  
 seien Banden an die holländische Grenze, die zum  
 Teil mit Waffengewalt austräten. Die Rheinland-  
 kommission habe sich deshalb mit der Bewaffnung  
 von 75 Mann mit Karabinern und Revolvern  
 einverstanden erklärt, die kolonnenweise einsetzt  
 werden und die eigentlich mit der Grenzkontrolle  
 beauftragten Organe unterstützen sollten. Der Mi-  
 nister machte darauf aufmerksam, daß vom Reichs-  
 ernährungsministerium verschärfte Strafbestim-  
 mungen für unerlaubte Ausfuhr lebenswichtiger  
 Gegenstände geplant seien; die Erwägungen hier-  
 über ständen unmittelbar vor ihrem Abschluß.

### Erntergebnis für Preußen.

\* Berlin, 9. Nov. Die holländische Korrespondenz  
 gibt die Voranschläge der diesjährigen Ernte-  
 ergebnisse für Preußen bekannt. Danach wurden  
 geerntet in Tonnen: Winterweizen 1 061 407 gegen  
 1 154 022 im Jahre 1919 und 1 186 288 im Jahre  
 1918. Sommerweizen 223 721 gegen 157 474 bezw.  
 140 216. Winterroggen 3 896 448 gegen 4 724 489  
 bezw. 4 864 027 Tonnen, Sommerroggen 71 918  
 gegen 54 022 bezw. 45 856 Tonnen. Winter-  
 gerste 157 668 gegen 150 821 bezw. 119 705  
 Tonnen. Sommergerste 850 638 gegen 901 210 bezw.  
 999 824. Protgetreide zusammen einschließlich  
 Gerste 3 309 000 Tonnen gegen 7 097 006 Tonnen.  
 F-v. 7 722 000 Tonnen. Hafer 3 273 806 gegen  
 3 022 166 bezw. 2 681 607; Gemenge aus Getreide  
 aller Art 372 316 gegen 448 398 bezw. 314 480. Buch-  
 weizen 45 790 gegen 52 656 bezw. 47 491. Erbsen  
 143 882 gegen 92 369 bezw. 72 898. Ackerbohnen  
 110 293 gegen 76 823 bezw. 61 115. Weisbohnen  
 512 gegen 9 988 bezw. 1617. Kartoffeln 2 197 947  
 gegen 14 906 408 bezw. 17 213 169. Zuckerrüben  
 6 071 702 gegen 4 642 204 bezw. 3 751 627. Futter-  
 rüben 12 077 271 gegen 10 176 865 bezw. 12 302 101.  
 Die Abtriebsgebiete, das Saargebiet und die  
 Kreise Eupen und Malmedy sind dabei außer Be-  
 tracht gelassen.

### Aufhebung der Milchzwangswirtschaft.

\* Berlin, 10. Nov. Dem Vernehmen nach soll  
 in Regierungskreisen der Gedanke erörtert wer-  
 den, vom 1. April 1921 ab die Zwangsbewirt-  
 schaftung der Milch aufzuheben.

### Der 9. November.

\* Berlin, 9. Nov. Zur Feier des 9. November  
 veranstalteten die S. P. D. und die U. S. P. D. ge-  
 trennt etwa 30 Versammlungen, die aber nur  
 schwach besucht waren, da in vielen Betrieben  
 voll gearbeitet wurde, in anderen mehr oder weni-  
 ger große Teile der Arbeiterschaft erschienen wa-  
 ren. Diese Veranstaltungen wurden meist durch  
 Vorträge des Arbeiterführerbundes eröffnet. Nach  
 den Ansprachen der bekannten Führer der einzel-  
 nen Parteien gingen die Teilnehmer ruhig aus-  
 einander, so daß das Straßenbild bald wieder sein  
 gewöhnliches Gepräge trug. In der Neuen  
 Welt sprach Crispian u. a. über die Diktatur des  
 Bürgertums und über das Proletariat. Die Rede

fand nur schwache Aufnahme und wurde hin und  
 wieder durch vereinzelte Zurufe anwesender Kom-  
 munisten unterbrochen. Auf dem Hofe des Fabrik-  
 gebäudes der A. E. G. in der Brunnenwollstraße  
 sammelten sich vormittags einige Hundert Arbeits-  
 lose an, die die in den Werkstätten Arbeitenden  
 herausholen und zur Mitleidier zwingen wollten,  
 wurden aber hinausgedrängt und zogen unter der  
 Drohung ab, aus der Gromannstraße vom Ar-  
 beitsnachweis Verstärkung holen zu wollen. Da sie  
 keinen Zugang erhielten, lehrten sie auch nicht wie-  
 der. In den Büros der staatlichen und städtischen  
 Behörden herrschte überall voller Dienstbetrieb.  
 Die Arbeiter des Gaswerkes Charlottenburg be-  
 schlossen, weiter zu streiken und nur Notstands-  
 arbeiten auszuführen. Eine besondere Veranstaltung  
 fand auf der Spielwiese in Friedrichshain statt,  
 die von etwa 12 000 Personen besucht war und  
 ebenfalls einen ruhigen Verlauf nahm. Bemerkens-  
 wert ist, daß die S. P. D. durch Plakate zum  
 sofortigen Generalfstreik aufgerufen hatte, während  
 die Rote Fahne, das Organ der S. P. D., ihren  
 Anhang aufforderte, in den Betrieben zu bleiben.

### Die Dauer der Besetzung.

\* Paris, 9. Nov. Tardieu schreibt im „Petit  
 Journal“:

„Kloyd George war gegen die Besetzung der  
 Rheinlande. Er schlug als Ersatz dafür die Militä-  
 r Allianz mit England und Amerika vor. Cle-  
 menceau gelang es, neben dieser Garantie Allianz  
 noch die 15jährige Besetzung des linken Rheinufer  
 durchzusetzen, außerdem das Recht, die Besetzung  
 nach Ablauf der 15 Jahre zu verlängern, wenn diese  
 Garantie Allianz nicht verwirklicht werden sollte.  
 Dieser Fall, sagte Tardieu, ist jetzt eingetreten, und  
 nach Artikel 42t wird die Besetzung der Rhein-  
 lande nach Ablauf der 15 Jahre weiter dauern, da  
 die Militäralianz mit England und Amerika hin-  
 fällig geworden ist.“

Man erinnert sich, daß Millerand Anfang  
 dieses Jahres die Verlängerung der Besetzung  
 angekündigt hat, aber mit einer ganz anderen Be-  
 gründung, nämlich damit, daß die Besetzung so  
 lange weiter dauere, bis Deutschland gewisse, noch  
 nicht erfüllte Verpflichtungen erledigt habe.

### Die Konferenz in Genf.

= Berlin, 8. Nov. (Sig. Ber.) Die Konferenz  
 von Genf, die als Fortsetzung der Konferenz von  
 Spa gedacht und zugesagt war, mit dem Zweck, die  
 Restsetzung der Wiedergutmachungsschuld durch die  
 Regierungshäupter einschließlich der deutschen  
 Vornahmen zu lassen, wird nicht stattfinden. Die  
 vorgesehene Regelung ist folgende:

1. Zunächst findet eine Konferenz von Sach-  
 verständigen der Wiedergutmachungskommission  
 statt, und zwar voraussichtlich in Brüssel und  
 vielleicht noch im November. Zu dieser Konfe-  
 renz werden deutsche Sachverständige zugezogen  
 und ihr Zweck soll sein, die Höhe der deutschen  
 Leistungsfähigkeit zu diskutieren.

2. Es folgt dann, wahrscheinlich in Genf, eine  
 Konferenz der alliierten Finanzminister, eben-  
 falls unter Zuziehung der deutschen. Sie soll  
 ihrerseits, auf Grund der Unterlagen der voran-  
 gegangenen Konferenz, die Frage prüfen, insbe-  
 sondere soll sie erörtern, mit welchen Mitteln  
 Deutschland die Zahlungen bewerkstelligen kann.

3. Es werden danach der Wiedergutmachungs-  
 kommission die Resultate der beiden ersten Kon-  
 ferenzen mitgeteilt, und diese setzt die Höhe der  
 deutschen Schuld fest, ohne Zuziehung deutscher  
 Vertreter.

4. Anschließend werden die alliierten Minister-  
 präsidenten wiederum ohne Zuziehung eines  
 deutschen Vertreters zusammenkommen, um end-  
 gültig die Summe zu bestimmen (es wird sich  
 wahrscheinlich nur um einen Teil der theoretischen  
 Schaden Summe handeln), deren Zahlung  
 Deutschland praktisch aufserlegt werden soll, und  
 um die Mittel zur Beibehaltung, die Repressalien  
 und Strafen zu bestimmen.

### Uebersichten in Oberschlesien.

\* Bentzen, 8. Nov. Nach einer Mitteilung  
 des Reichskohlenkommissars, die er in einer Be-  
 sprechung mit Vertretern der bayerischen Industrie  
 in München gemacht hat, wird wahrscheinlich noch  
 Ende dieses Monats ein allgemeines Ueber-  
 sichtenabkommen in Oberschlesien unterzeichnet  
 werden, das allen Reichsteilen zugute kommen soll.

## Die Sozialisierung des Bergbaues.

Berlin, 9. Nov. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schreibt über den Stand der Sozialisierungsverhandlungen: „Wir deuteten schon an, daß sich der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates, die bekannte Siebenerkommission (Stinnes, Böcher, Berner, Ambusch usw.) auf gewisse Vorschläge einigen würde. Das ist nach unseren neuesten Informationen in der Tat der Fall. Die Hauptpunkte sind bekanntlich: Aufteilung der Kohle nach Verbrauchergruppen, Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Dividendenbegrenzung der Gesellschaften. Die Aufteilung nach Verbrauchergruppen soll auf natürlichem Wege geschehen, soweit das möglich ist. Sonst soll ein Enteignungsrecht in Wirksamkeit treten. Die Last der Sozialisierung der Arbeiter ist auf größter Tragweite. Näheres wird man am Mittwoch erfahren, wenn der Reichswirtschaftsrat wieder zusammentritt. Es erheben sich zwei Fragen: wie werden sich die links gerichteten Parteien verhalten und was wird die Regierung tun. Reichswirtschaftsminister Scholz hat unseres Wissens einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der aber den wirtschaftlichen Forderungen in wichtigen Punkten nicht gerecht wird. Es ist anscheinend eine neue Umgruppierung im Kampf um das Sozialisierungsproblem in Bildung begriffen. Die Vorschläge laufen auf Vereinfachung des reinen Bergbaues hinaus. Dadurch werden mit Notwendigkeit tiefgreifende Gegenläufe in der Vertretung des Bergbaues hervorgerufen. Andererseits werden die Vorschläge der Radikalen nicht weit genug gehen. Das eine sollten aber Freunde und Feinde der Vorschläge im Auge behalten: Der Ausschuß hat versucht, die Lösung des Problems auf wirtschaftlichem Wege zu finden, unter Beobachtung der ökonomischen Gesetze. Inwieweit das gelungen ist, kann erst beurteilt werden, wenn die Vorschläge im einzelnen vorliegen.“

### Ausstände.

Berlin, 8. Nov. Die „B. S. a. M.“ meldet: Bei den Abstimmungen in Groß-Berlin hat sich eine überwältigende Mehrheit für die Ablehnung des Schiedsspruches im Fortifizierungsergebnis ergeben. Daraufhin teilte der Transportarbeiter-Verband dem Reichsarbeitsministerium mit, daß sich die Organisationsleitung gegenwärtig sehr dem Streik auszurufen. Der Zeitpunkt dafür ist noch nicht festgesetzt worden. — Am Samstag fand eine Versammlung der Vorstraßen-Arbeiter statt, worin über die Vorschläge der Firma abgestimmt worden ist. Die Vorschläge gelangten einstimmig zur Ablehnung. Der Streik geht infolgedessen weiter.

### Die Berliner städtischen Arbeiter

Berlin, 8. Nov. Die Funktionäre und Vertrauensleute des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die etwa 40 000 städtische Arbeiter vertreten, stimmten heute nachmittags nach stundenlangen Verhandlungen mit 12 699 Stimmen gegen den Streik, mit 14 289 Stimmen für den Streik. Die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit ist also nicht erreicht. 2000 Arbeiter stimmten zwar gegen den Schiedsspruch, aber auch gegen einen Streik. Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der zum Ausdruck kommt, daß der Schiedsspruch zu verwerfen sei wegen der Klassifizierung der Löhne, und daß die Arbeiter auf jede Lohnverbesserung vorläufig verzichten und eine gleichmäßige Lohnzahlung für alle Arbeitnehmer erstreben, die in baldigen Verhandlungen herbeigeführt werden soll. Danach ist also zu hoffen, daß morgen abend die Elektrikalisarbeiter bereits wieder in ihre Betriebe zurückkehren, so daß am Mittwoch früh der Straßenbahnbetrieb wieder aufgenommen werden kann. Die Versammlung der dem Maschinen- und Heizerverband angeschlossenen Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke dauerte in später Nachtstunden noch an.

### Militärische Rüstungen.

Berlin, 8. Nov. Nach der Londoner „Sunday Times“ unterhielt England 1914 ein Heer von 974 000 Offizieren und 172 610 Mann mit einem Kostenaufwand von 45 800 000 Pfund; im Jahre 1920 aber bezahlt es für ein erheblich vergrößertes stehendes Heer und für die geplante Reserve von Territorials, der Zahl nach 345 000 Mann, nicht weniger als 120 000 000 Pfund. Gleichzeitig ist sein Marineetat von 47 505 002 Pfund im Jahre 1914 auf 76 671 000 Pfund in diesem Jahre gestiegen. Die Vereinigten Staaten bezahlten 1914 für ein Heer von 97 077 Mann 19 814 920 Pfund, dagegen 1920 für ein Heer von insgesamt 735 000 Mann 75 449 889 Pfund. Ihr Marineetat betrug 1914 nur 28 168 123 Pfund, 1920 aber 86 400 000 Pfund. Frankreich hatte 1914 einen Heeresetat von 28 288 216 Pfund, 1920 beläuft sich der Voranschlag allein für die drei ersten Monate des Rechnungsjahres bei einem stehenden Heer von 700 000 Mann auf 109 400 000 Pfund (2 735 000 000 Franken). Japan endlich hatte 1914 nur einen Heeresetat von 9 800 000 Pfund, 1920 dagegen sind es nicht weniger als 41 000 000 Pfund, davon allein 28 000 000 Pfund für seine Unternehmungen in Sibirien. Gleichzeitig liegt sein Marineetat von 9 200 000 Pfund auf 22 200 000 Pfund, wobei noch zu beachten ist, daß seine Flottenpläne für 1921 Ausgaben in der Höhe von 51 000 000 Pfund bedürfen; dazu

kommt noch ein Voranschlag für das militärische Flugwesen von 40 000 000 Pfund.

### Die Entschädigungsfrage.

London, 8. Nov. Das zwischen der englischen und französischen Regierung in der Frage der Festsetzung der deutschen Entschädigung erreichte Einvernehmen wird hier als ein etwas verspäteter Schritt vorwärts auf einem schwierigen und langen Wege bezeichnet. Durch das Einvernehmen wird der Wunsch Frankreichs, daß die Entschädigungssumme durch den Wiedergutmachungsausschuß festzusetzen ist, erfüllt. Ebenso ist aber darin dem englischen Wunsch Rechnung getragen, daß die Summe erst festgesetzt werden soll, wenn die Frage von Deutschlands Zahlungsfähigkeit ausdrücklich geprüft worden ist und ein Bericht darüber vorliegt, und daß in diesem Stadium Deutschland ausgiebig und direkt zu Rate gezogen werden soll. Man glaubt unter diesen Umständen nicht, daß es sehr schnell gelingen wird, die Höhe der Summe festzusetzen. Die Blätter verhehlen nicht, daß die ganze Frage schon vor Monaten hätte geregelt werden können, wenn Frankreich sich nicht von den in Spa gefaßten Entschlüssen zurückgezogen hätte. Sie trösten sich aber bis zu einem gewissen Grade mit der Erwägung, daß durch diese Verzögerung gewisse Erfahrungen bezüglich Deutschlands Zahlungsfähigkeit gewonnen worden seien und dadurch zu einer vernünftigeren und gerechteren Entscheidung der alliierten Regierungen Anlaß gegeben werde.

### Die Holzforderungen der Entente.

Berlin, 7. Nov. Die erste Anforderung der Entente an Holz, das auf das Wiederherstellungskonto zu liefern ist, ist in Berlin eingetroffen, nachdem mit deutschen Sachverständigen über 14 Tage lang in Paris verhandelt worden war. Die Ententevertreter haben sich damit einverstanden erklärt, daß zunächst in vier Monaten je 240 000 Festmeter, zusammen rund eine Million Festmeter in Rundholz, geliefert werden. Die Lieferungen beginnen drei Monate nach der Bestätigung durch die französisch-belgisch-italienische Kommission und Mitteilung der endgültigen Spezifikationen. An Eisenbahnwaggonen werden insgesamt 1 200 000 Stück verlangt. Davon sind 300 000 Stück in Eichen, 48 000 Stück in Kiefern, der Rest in Buchen zu liefern. Weiter sind 172 000 Telegraphenstangen zu liefern. Das zu liefernde Schnittholz (Kiefern, Nichten und Tannen) stellt sich zusammen auf 350 000 Kubikmeter. Am geringsten ist der Bedarf an Hartholz, nämlich 2700 Kubikmeter.

### Erhaltung der Einwohnerwehre.

München, 8. Nov. Die bayerische Landesbauernkammer als Vertreterin der Gesamtlandwirtschaft Bayerns erklärt heute folgende Kundgebung: „Die bayerische Landesbauernkammer fordert im Namen der bayerischen Bauernschaft die Erhaltung der bayerischen Einwohnerwehre. Diese ist keine militärische Organisation; sie ist vielmehr eine Selbstschutzorganisation gegen Unsturz und Gewalttätigkeit, Raub und Plünderung. Die Notwendigkeit eines Selbstschutzes hat gerade die Bauernschaft in Bayern aus eigenem Erfahren kennengelernt. Ihre Befestigung kann von dem Verband auf Grund des Friedensvertrages nicht gefordert werden. Die Einwohnerwehren auf dem flachen Lande sind unerläßliche Voraussetzungen für einen ungehörten Fortgang der landwirtschaftlichen Arbeiten.“

### England und die Dieselmotore.

Paris, 8. Nov. (Havas.) Das „Journal“ erklärt, nicht Frankreich sei es, das die Zerstörung der Dieselmotore gefordert oder auch nur unterstützt habe, sondern England allein habe dieses Ansehen gestellt und energisch darauf bestanden. Die französische Regierung habe sich unbedingt geweiht, die englische Ansicht zu unterstützen, und habe es durchgesetzt, daß ihre Ansicht durchgedrungen sei. Infolgedessen brauchten die deutschen Dieselmotore nicht zerstört zu werden. Es könne gar nichts schaden, so sagt das Blatt, wenn man drüber über dem Rhein wisse, daß die so blühende deutsche Schwermotorenindustrie es Frankreich zu verdanken habe, daß diese Forderung zurückgezogen worden sei, deren Durchführung eine schwere Schädigung nicht nur der deutschen, sondern auch der französischen Industrie bedeutet hätte. — Nach einer Meldung des „Intransigeant“ verfallen die Dieselmotore nicht der Zerstörung.

### Der Bolschewismus und Frankreich

Paris, 7. Nov. (Havas.) Der „Temps“ bespricht die deutschen Wünsche auf einen Sieg der Bolschewisten und schreibt: In der Tat sind solche trägerischen Hoffnungen auf einen Sieg der Bolschewisten vollkommen widersinnig. Deutschland in seiner augenblicklichen Verfassung ist nicht in der Lage, die unmittelbare Nachbarschaft des russischen Bolschewismus zu tragen. An dem Tage, an dem die rote Armee von neuem und zwar für längere Zeit in Polen einfallen wird, würden sich dann längs der preussischen Grenze Ereignisse abspielen, deren Ergebnis aber mit fast absoluter Gewissheit die Zerstörung der demokratischen Regierungsform sein wird, sei es zugunsten einer roten Diktatur oder aber, was noch wahrscheinlicher ist, zugunsten einer Wiederaufrichtung der Monarchie. Andererseits ist es wahrscheinlich, daß die Westmächte gegebenenfalls sich veranlassen sehen könnten, ihrerseits dazwischen zu treten, sobald Deutschland den Schauplatz der traurigen Ereignisse abgeben würde, welche die unaussprechliche Folge eines solchen Eingreifens sein würden.

### Die Armee Wrangel.

Jassy, 9. Nov. Ein zusammenfassender Bericht der Armee Wrangel besagt: Nachdem die Bolschewisten mit den Polen Frieden geschlossen hatten und jetzt über ihre Kräfte, welche bisher die polnische Front hielten, frei verfügen konnten, stellten sie drei Armeen gegen uns auf und verteilten sie in drei Gruppen auf die Grenzen von Kachowka, Nikopol und Bologi. Zu Beginn ihrer Offensive betrug ihre Stärke 100 000 Mann, davon ¼ Kavallerie. Die Bewegungsfreiheit unserer Armee im Norden und Nordwesten wurde behindert. Das rote Oberkommando beschloß, unseren linken Flügel anzugreifen und warf Kavallerie bei Kachowka in Richtung Gromowka und Salkol, um diesen Flügel gegen das Asowische Meer zu drücken und sich dadurch freien Weg nach der Arim zu bahnen. Angesichts der gegenwärtigen Lage zog die russische Armee ihre Kräfte wieder zurück. Die Erste Rote Armee mit lettischen und anderen Infanterieabteilungen wurde in südöstlicher Richtung gegen Kachowka und gegen Salkol geworfen. Wir konzentrierten Angriffsgruppen und warfen die Rote Kavallerie zurück, welche unsere Front bei Siwasch durchbrochen hatte. Die tapferen Truppen des Generals Autopow vernichteten 15 Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre. Die Donkosaken nahmen vier Regimenter gefangen und erbeuteten 5 Geschütze, zahlreiche Maschinengewehre und sonstiges Material. Die Kräfte des Feindes waren jedoch stärker als die unsrigen, besonders die Kavallerie. Im Verlaufe schwerer Kämpfe griff uns der Feind von drei Seiten an. Unser Oberkommando beschloß, die Truppen auf die besetzte Linie Siwasch-Berepov zurückzuführen. Diese Linie bietet alle Vorzüge zur Verteidigung. Die Schläge, die unsere Armeen dem Feinde unaufhörlich versetzten, und durch die ein großer Teil der Budjenny-Kavallerie vernichtet wurde, ermöglichten unseren Truppen den Rückzug fast ohne Verluste.

### Bermischte Nachrichten.

Rüdesheim, 8. Nov. Morgen Donnerstag, den 11. November, nachmittags 5 Uhr, findet eine Stadtverordneten-Sitzung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Festsetzung der Vergütung für den Beigeordneten Herrn Heinrich Brogitter.
2. Wahl des Schiedsmannstellvertreters.
3. Ortsausschuß für die Kriegsbekleideten.
4. Anstellungsvertrag des Herrn Werkmeisters Stahl.
5. Wahl eines Mitgliedes für den Verkaufsausschuß, Finanz- und Organisationsausschuß und Beschlußüberwachungskommission.
6. Wahl des Schulausschusses für die höhere Mädchenschule.
7. Bewilligung der Mehrkosten für den Gleisanschluss im städtischen Gaswerk in Höhe von 30 000 Mark.
8. Bewilligung der Kosten für Erweiterung des Kabelekes.
9. Änderung des Bebauungsplanes auf dem Gelände des alten Friedhofs.
10. Festsetzung der Vergütung für die Lehrpersonen an der gewerblichen Fortbildungsschule.
11. Antrag auf Erhebung einer Wohnungsaufwandssteuer.
12. Beitritt der Gemeinde Rüdesheim zur gemeinnützigen Wohnungsfürsorgegesellschaft.
13. Mitteilungen.

Rüdesheim, 10. Nov. (Theaterabende.) Das Frankfurter Künstlertheater hat sich mit der Aufführung von „Kabale und Liebe“ verheißungsvoll bei uns eingeführt. Die stilistische Reue der einfach und würdig gehaltenen Bühne trieb die Wucht der Dichtung, ihren Ueberchwang, ihre Sentimentalität, alles Hobe, das in ihr glüht, um so bedeutender hervor. Man sah, dank dem lebendigen Spiele guter Darsteller, wirklich den Geist des jungen Schiller. Die jugendliche Auffassung der Hauptrollen gab der Aufführung, die den Vergleich mit unsern großstädtischen Bühnen nicht zu scheuen braucht, sogar einen besonderen Reiz. Der gut besetzte Saal spendete den Darstellern reichen Beifall. Man hätte allerdings erwarten dürfen, daß die Gelegenheit zum Besuch erstklassiger Theateraufführungen von der Bevölkerung als ein Ereignis empfunden worden wäre und zu einem ausverkauften Hause geführt hätte. Nach dem Befähigungsnachweis, den das Künstlertheater erbracht hat, darf man den weiteren Vorstellungen mit größtem Interesse entgegensehen. Man wird es mit Freude begrüßen, daß der Spielplan — außer der für den 7. Dezember uns zugehenden Hauptmann'schen Diebeskomödie „Der Viberpelz“ — die beiden weiteren Lustspiele „Jan der Wunderbare“ von Fr. Kapsler und das „Kürnbürgisch“ von Walter Haslan aufweist. Auch ein altes volkstümliches Christgeburtsspiel aus dem Jahre 1530 wird im Januar zur Darstellung gelangen. Es sei darauf hingewiesen, daß bis zu der 2. Aufführung noch Gelegenheit geboten ist, auf die weiteren Vorstellungen zu ermäßigtem Preise zu abonnieren. Listen zur Bestellung der Abonnements liegen

auf bei: Buchhandlung Reil, Zigarrenhandlung Nägler, den Friseurgeschäften von Schneider und Witterslein.

\* **Rüdesheim**, 10. Nov. (Wichtig für heimkehrende Kriegsgefangene!) Mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ist das zuständige Verpflegungsgeld von 2.70 M. wie folgt erhöht worden:

a) für besonders teure Orte (Wiesbaden) auf 6 M.  
b) für teure Orte (Kleinstädte) auf 5 M.  
c) für die übrigen Orte auf 4 M.  
täglich. Kriegsgefangene, die für ihren 56-tägigen Heimkehrurlaub mit dem alten Satz von 2.70 M. abgefunden worden sind, haben mit Wirkung vom 1. 1. 20 Anspruch auf die erhöhten Sätze und deren Nachzahlung. Die Anträge auf Differenznachzahlung sind von den Heimkehrern mit den notwendigen Unterlagen (Entlassungsschein oder Verpflegungs- oder Wohnungsbescheinigung) an das zuständige Abwicklungsamt zu senden. Für den Bezirk des Verpflegungsamts Wiesbaden ist das Abwicklungsamt des früheren 18. Armeekorps Darmstadt zuständig.

\* **Rüdesheim**, 10. Nov. (Die Folgen der Geld-einsperrung). In einem Artikel im Regensburger Anzeiger über den kommenden Staatsbankrott schreibt der Führer des bayerischen Bauernbundes Dr. Heim unter anderem etwa Folgendes: Das Reich hatte am 20. September ds. Js. 285,7 Milliarden Staatsschulden, etwa 40 mal so viel wie vor dem Krieg. Dazu kommen noch 131 Milliarden sogenannter Entschädigungssummen und außerdem die Wiedergutmachungsleistungen an die feindlichen Staaten. Der Papiergeldumlauf beziffert sich auf etwa 75 Milliarden gegen z. B. 2 3/4 Milliarden im Frieden. Die Deckung an Edelmetall ist demnach gleich Null. Notwendig ist der Geld- und Schuldenabbau, dann kommt der Preisabbau von selbst. An dem Geldabbau muß ein jeder mitarbeiten. Wer heute 50 000 M. Papiergeld in seinem Kassenschatz hat, täuscht sich, wenn er glaubt, er könne an diesen 50 000 Mark nichts verlieren, weil er sie in bar aufbewahrt. Mit den 50 000 Mark kann er sich in einem Jahre nur noch die Hälfte kaufen von dem, was er sich heute kaufen kann. Die Einsperrung des Geldes ist daher eine Dummheit sondergleichen. Wer Geld einsperrt, erleidet Verluste, ohne daß er es merkt. Tatsächlich ist heute eine Unsumme Papierzettel eingesperrt. Für den Geldverkehr würde ein Umlauf von 10 Milliarden Noten in Deutschland vollständig genügen, 65 Milliarden sind überflüssig. Da nun durch den hohen Notenumlauf unser Geld besonders im Ausland, dann aber auch im Inland, entwertet wird, sind die Geld-einsperrer sich selbst der größte Schaden. Warum das Geld in Stadt und Land vielfach eingesperrt wird, ist kein Geheimnis: man will den Steuern entgehen. Was aber an Steuern gespart wird, verliert man an Geldes Wert. Uebrigens droht den Geldeinsperreern eine weitere Gefahr, die der längst in Aussicht genommenen Abstempelung. Eines Tages werden die Schwierigkeiten der Abstempelung überwunden sein. In anderen Staaten hat man schon abgestempelt und das Papiergeld um die Hälfte entwertet. Etwas ähnliches, vielleicht in noch schärferer Form, wird und muß auch bei uns kommen. Das ist die unausbleibliche Folge der Entwertung und an dieser tragen die Geldeinsperrer die Hauptschuld.

\* **Rüdesheim**, 10. Nov. (Einigung im deutschen Buchdruckergerber). Der Tarifausschuß für das Buchdruckergerber hat folgende Beschlüsse gefaßt: An neuer wöchentlichlicher Steuerzulage sind den Gehilfen zu zahlen an allen Orten in Lohnklasse A (im Alter bis zu 21 Jahren) 10 Mark, in Lohnklasse B (im Alter von 21—24 Jahre) 15 Mark, in Lohnklasse C (im Alter über 24 Jahre) 20 Mark. Diese Beträge sind auf die heutigen Löhne zu zahlen, und zwar mit Wirkung ab 1. November.

**Bingen**, 8. Nov. Gegenwärtig werden Verhandlungen zur Eingemeindung der Orte Rempten und Saulsheim geführt.

**Bingen**, 9. Nov. (Beschlagnahme der Kartoffeln.) Nach einer Mitteilung aus Mainz wurde in Hessen die Beschlagnahme der in der Hand der Landwirte befindlichen Kartoffeln bis zum 16. ds. Mts. versagt, die in Wirksamkeit tritt, wenn nicht freiwillig 20 Zentner für den Morgen abgeliefert werden (10 Zentner zum Preis von 20 M. und 10 Zentner zum Preis von 25 M.). Für die beschlagnahmten Kartoffeln wird nichts vergütet.

**Aus dem Rheingau**, 8. Nov. Die diesjährige Weinernte offenbart von Tag zu Tag neue höchst angenehme Ueberraschungen. Uebertraf schon die Quantität überall weit die anfangs gehegten Erwartungen, so gilt dies jetzt in noch höherem Grade von der Qualität. Alte erfahrene Weinkenner sind erstaunt über die neuesten in dieser Hinsicht gemachten Feststellungen. In den meisten Fällen reicht die Deckungs-Lage bei weitem nicht mehr aus, die enorm hohen Biogewichte festzustellen. Den höchsten, jemals erlebten Rekord ergiebt die preussische Domäne im Rheingau bei der Weinlese mit 280 Grad Mostge-

wicht. Was mag da die Flasche dieses Qualitätsweines seltenster Güte kosten?

**Johannisberg**, 9. Nov. Anfangs der 50er Jahre kam der 1848 abgetretene Fürst Metternich einige Male zur Erholung auf sein schönes Schloß Johannisberg. Eines Tages begegnete dem Fürsten ein altes, fideles Weinbäuerlein. Metternich unterhielt sich mit ihm, fragte nach diesem und jenem, endlich auch: „Sagt einmal, alter Freund, wieviel könnt ihr denn noch pro Tag vertragen?“ Schmunzelnd antwortete der Bauer: „Durchlaucht genau kann mer das nit sage. Morgens um neun trinke ich de erste, um zwölf de zwote, um vier de dritte, um sechs de vierte und von da an wer'n se nit mehr genau gezählt, aber uff zwanzig gomme mer doch!“

**Etville**, 10. Nov. Am 8. November ist unser Stadtpfarrer Schilo im Alter von 73 Jahren gestorben. R. i. p.

**Wiesbaden**, 8. Nov. Die Handwerkskammer hat den Wunsch geäußert, daß bei Anträgen auf Erteilung der Erlaubnis zum Kleinhandel mit Fleisch den Witwen verstorbener Metzgermeister keinerlei Schwierigkeiten gemacht und gegebenenfalls die Kammer vorher gehört werden möchte.

**Höchst**, 8. Nov. Durch einen Zuschlag von 1000 Prozent auf die staatlich veranlagte Gewerbesteuer will der Magistrat das Manko, das sich durch die Veränderungen des Voranschlages in den bisherigen Beratungen ergeben hat, ausgleichen. Insgesamt soll diese Steuer 1 656 684 Mark ergeben. Diese Steuer wurde vom Stadtrat Mich damit begründet, daß die staatlichen Gewerbesteuerätze in keinem Verhältnis zu den gesteigerten Erträgen der Geschäfte stehen und daß hierbei der Entwertung des Geldes keine Rechnung getragen sei. Sein Parteifreund Lamprecht empfahl sogar eine Steigerung der Gewerbesteuer auf 2000 Prozent. Dies nötigte den sozialdemokratischen Stadtv. Weingärtner, der selbst Gewerbetreibender ist zu dem Zwischenruf „Schneid ihnen doch gleich ganz den Hals ab“. Statt der erhofften Schonung und Entlastung des Mittelstandes wird dieser geradezu erdroffelt.

**Hofheim i. T.**, 8. Nov. Die im August von der Gemeinde erlassene Klaviersteuerordnung, die als erste in Deutschland selbst amerikanische Zeitungen beschäftigt hat, wurde vom Bezirksausschuß genehmigt und jetzt auch vom Oberpräsidenten gebilligt. — Dem Vorgehen Hofheims sind jetzt zahlreiche andere Orte gefolgt.

**Frankfurt**, 7. Nov. Das städtische Lebensmittelamt hat vor einigen Tagen eine Abrechnung für seinen Status und eine Bilanz geliefert, die ein Defizit von 39 Millionen Mark aufweist. Diese gewaltigen Verluste sind nicht auf allgemeine Kostspieligkeit und Verschwendung zurückzuführen. Sie sind dadurch entstanden, daß im Februar ds. Js., zur Zeit des Tiefstandes der deutschen Valuta, der Magistrat in der Schweiz große Lebensmittelvorräte kaufen ließ, die dann später zum Teil weit unter dem Schweizer Einkaufspreis in großen Posten wieder verkauft wurden; so betragen die Verluste an Reis 21 Millionen M., an Hülsenfrüchten 8 230 000 M. und an Julienne 6 200 000 M.

**Frankfurt**, 8. Nov. Dieser Tage holte die Angestellte einer hiesigen Firma vom Postamt eine hohe Geldsumme ab. Als sie das Postamt verließ, eilte ihr ein Mann ohne Hut nach und stellte sie zur Rede, daß der Scheck nicht in Ordnung sei. Er veranlaßte das junge Mädchen, mit zurückzukommen und ging mit ihm in eine Telefonzelle. Hier zwang der Gauner das Mädchen zur Herausgabe des Geldes, das er in einen Umschlag legte, und dann in einer Aktentasche verschwinden ließ. Dann gab er der Angestellten einen gleichen Briefumschlag mit Inhalt und ersuchte sie, ihrem Vorgesetzten mitzuteilen, daß er sich wegen des angeblich falschen Schecks sofort auf dem Postamt einzufinden habe, dann verschwand der Mensch. Als das Mädchen den Umschlag öffnete, enthielt er zerschnittenes Zeitungspapier.

**Hanau**, 8. Nov. Der Aufsichtsrat der Hanauer Straßenbahn A.-G. hat einstimmig beschlossen, die Eröffnung des Konkurses über das Unternehmen zu beantragen.

**Aus Nassau**, 8. Nov. Der preussische Staat hat sich die Jurisdiktion für die Landwirtschaft stets angelegen sein lassen, namentlich auch während der Kriegszeit. So hat er im Jahre 1917, um die Erzeugung der Landwirtschaft zu vermehren, 3 614 046 M. ausgegeben. Der größte Teil davon entfällt auf Ostpreußen. Auf die Provinz Hessen-Nassau entfallen 266 437 M. Davon wurden ausgegeben für Pferde-zucht 24 860 M., für Rindviehzucht 58 804 M., für Schweinezucht 14 500 M., für Schafzucht 51 600 M., für Geflügelzucht 6900 M., für Bienen-zucht 2150 M. und für sonstige Zwecke zur Hebung der Viehzucht 313 M., zusammen für Viehzucht 170 627 M.; für Garten-, Wein- und Obstbau 28 266 M.; für landwirtschaftliche Vereine, Land-

wirtschaftskammern und sonstige Zwecke zur Hebung der Landwirtschaft 67 544 M.

**Vom Rhein**, 9. Nov. Der Wasserstand des Rheins bewegt sich bereits seit zehn Tagen in einem unnormalen Tiefstand und ist auch noch weiterhin im Rückgang begriffen. Vereinzelt Zuflüsse von Mosel und Main waren nicht erheblich genug, um den Rückgang aufzuhalten. Bevor nicht ein allgemeiner Witterungsumschlag erfolgt, darf wohl kaum mit einer durchgreifenden Besserung des Rheinwasserstandes gerechnet werden. Neben dem niedrigen Wasserstand, der den Schiffen nur ein langsames Fortkommen gestattet, wird der Verkehr noch besonders durch die fast täglich auftretenden Nebel eingeschränkt.

**Koblenz**, 7. Nov. Bei Mayen wurden weitere Ausgrabungen aus der jüngeren Steinzeit vorgenommen. Man fand eine in Schieferfelsen eingebettete viereckige Wohnstätte von ziemlichem Umfange mit zahlreichen Fundstücken, wie Feuerkeilmessern, Schabern, Steinwerkzeugen und gespaltenen Tierknochen mit Zähnen. — An anderer Stelle fand man römische Lanzenspitzen, Panzerbeschläge aus Bronze und verschiedene Eisengegenstände.

**Trier**, 8. Nov. Laut „Trierischem Volksfreund“ wurden am letzten Montag auf dem Trierischen Hauptbahnhofe drei Silberstieher festgenommen. Es handelt sich um einen Luxemburger und zwei in Bayern wohnhafte Personen. Sie hatten, in drei Lederkoffer verteilt, insgesamt 40 1/2 Kilogramm Silbermünzen aller Art, ferner einen Posten Goldstaub, Koh- und Edeldiamanten, sowie ein wertvolles Silber-Kollier bei sich. Der Gesamtwert der beschlagnahmten Gegenstände dürfte ungefähr 1 Million Mark betragen.

**Köln**, 6. Nov. Nach der „Bernafteler Ztg.“ ist man einer Bande von Kirchenräubern auf die Spur gekommen. Die Einbrecher haben in einer Reihe von Kirchen am Oberrhein wertvolle Reliquien, Monstranzen usw. gestohlen. Zwei der Einbrecher, Arbeiter aus Sülz, sind festgenommen worden.

**Düsseldorf**, 7. Nov. Nach einer der Düsseldorf Stadtoverwaltung gewordenen Mitteilung hat nach Aufhebung der Fleischrationierung eine derartige Massenschlachting von Vieh aller Art eingesetzt, daß die deutschen Viehbestände rapid abgenommen haben. Infolgedessen soll neuerdings innerhalb der Regierung wieder die Einführung der Zwangsbe-wirtschaftung für Fleisch erwogen werden.

**Berlin**, 8. Nov. Ein Schlafwagenzugpaar wird am 1. November wieder zwischen Berlin und Köln eingelegt. Ebenfalls vom 1. Dezember an wird ein neues Tageszugpaar Berlin-Köln gefahren, mit dem man von Berlin nachmittags 2 Uhr nach Köln gelangen wird. Diese Züge führen erste, zweite und dritte Klasse.



**Drucksachen jeder Art**  
in geschmackvoller Ausführung liefert  
**A. Meier's Buchdruckerei**  
:: Rüdesheim. ::



**Neues Lichtspieltheater**  
Saalbau Rölz, Rüdesheim.

**Samstag, den 13. u. Sonntag, d. 14. November**  
gelangt zur Aufführung:

I.

**„Junges Gemüse“**

Lustspiel in 2 Akten.

II.

**Abrechnung unter Komplizen**

Ein Abenteuerroman in 5 Akten.

In der Hauptrolle **Louis Ralph**.

Beginn Samstag pünktlich 7.30 Uhr, am Sonntag pünktlich von 3 Uhr ab durchlaufendes Programm.

**Kinder haben keinen Zutritt.**

— Der Saal ist gut geheizt. —

Um freundlichen Besuch bittet

**Die Direktion.**

# Bekanntmachung.

**Luxussteuer bei Privatverkäufen, Vermietung von Flächen für Reklame und Zimmervermietung durch Privatpersonen.**

## Umfang der Steuerpflicht.

Wenn eine Privatperson Edelmetalle, Edelsteine, Halbedelsteine, Perlen, Schmuckfächer, Juwelier- und Bijouteriewaren aller Art, Gegenstände aus Bernstein, Elfenbein, Perlmutter, Schildplatt, Musikinstrumente, Automobile, Motorräder, Motorboote, Kutschwagen, Pelzfächer, Teppiche, Kunstgegenstände oder Antiquitäten verkauft, muß sie 15 v. H. des Kaufpreises an Luxussteuer entrichten. Auch ein Gewerbetreibender, der einen der vorbezeichneten Gegenstände verkauft, ohne daß dieser Gegenstand in seinen Gewerbebetrieb fällt, hat die gleiche Steuer zu zahlen.

5 v. H. des Preises haben Privatpersonen zu entrichten, die Anzeigen übernehmen, indem sie z. B. Räume oder Flächen für Reklamezwecke vermieten.

10 v. H. des Mietpreises haben Privatpersonen zu entrichten, wenn sie eingerichtete Schlaf- und Wohnräume auf nicht länger als drei Monate vermieten und das Entgelt für den Tag oder die Übernachtung 5 Mark oder mehr beträgt.

## Art der Steuerentrichtung.

Der Verkäufer (Übernehmer der Anzeige, Vermieter) hat über das vereinnahmte Entgelt eine Quittung auszustellen und die Steuer gleichzeitig mit der Ausstellung der Quittung in bar an das für ihn zuständige Umsatzsteueramt oder durch Verwendung von Stempelmarken zu entrichten. Diese sind bei den Postanstalten nach den Bestimmungen des Reichspostministers und bei sonstigen Stellen nach Bestimmung des Landesfinanzamtes vorrätig. Einzelheiten sind aus den Zeitungen zu erfahren oder durch Nachfragen beim Umsatzsteueramt festzustellen. Geschieht die Entrichtung in bar oder werden die Stempelmarken durch eine Behörde oder einen Beamten innerhalb ihrer dienstlichen Zuständigkeit entwertet, so kann das für den Steuerpflichtigen erhebliche Vorteile haben, die er nicht genießt, wenn er die Stempelmarken selbst entwertet.

Der Käufer (Besteller der Anzeige, Mieter) muß prüfen, ob die Steuer (z. B. durch Entwertung der Stempelmarken auf der ihm ausgehändigten Quittung) entrichtet ist. Ist das nicht der Fall, muß er es tun.

## Sonstiges.

Wer vorstehende Bestimmungen nicht beachtet, macht sich einer Steuerzuwiderhandlung schuldig und unterliegt daher einer Geldstrafe bis zum 20fachen der hinterzogenen Steuer oder einer gegebenenfalls auf Kosten des Verurteilten bekanntzumachenden Gefängnisstrafe, sowie den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Die vollständigen für diese Steuerpflicht in Betracht kommenden Bestimmungen sind in Nr. 35 des Zentralblattes für das Deutsche Reich, Jahrgang 1920, Seite 937, veröffentlicht und im Buchhandel käuflich. Zweifelsfälle werden zweckmäßig durch Nachfragen beim Umsatzsteueramt (Finanzamt) geklärt. Hier sind auch die erforderlichen Formulare erhältlich.

Rüdesheim, den 5. November 1920.

Finanzamt.  
(Umsatzsteuerstelle):  
Dr. Rotmann.

## Zahnpraxis Elly Lange

Tel. 303. Rüdesheim. Markt 13.

Sprechstunden von 9—4 Uhr  
Sonntags auf vorherige Anmeldung.

Zahnziehen, auch schmerzlos.

Anfertigung  
sämtlicher Füllungen u. Kautschukarbeiten.

— Spez.: Moderner gaumenloser Zahnersatz. —  
Schonendste Behandlung.

## Der eigene Arzt im Viehstalle

ist jeder Landwirt oder Siedler, der das Buch

## Des Landwirts Ratgeber in guten und bösen Tagen

besitzt. Die Ober- und Stabsveterinäre **Dr. Magerl** und **Dr. Geibel** sowie der Pflanzfachverständige **Dr. Gehrman** geben in dem soeben in dritter neu bearbeiteter Auflage herausgegebenen Werke alle Krankheitsanzeichen und die notwendigen Mittel an, die der Landwirt sofort gebrauchen kann, um sich vor großen Verlusten im Viehstande zu schützen, was besonders wichtig ist, wenn der Tierarzt weit entfernt wohnt. Das gut gebundene Buch ist mit **130 Abbildungen** und **3 farbigen zerlegbaren Modellen** vom Pferd, der Kuh und dem Schwein ausgestattet und **360 Seiten stark**. Die

**Anschaffung teurer landw. Werke wird dadurch überflüssig.**

Wir sind in der angenehmen Lage, das jedem Landwirt unentbehrliche Buch an unsere Leser für nur **21.60 Mark** abzugeben, solange der Vorrat reicht.

Es hat schon manchem Viehbesitzer hunderte von Mark an Schaden erspart und ist von Praktikern klar und leicht verständlich geschrieben. Schönstes Geschenk für jeden Landwirt und Siedler, vorrätig in der Geschäftsstelle des „**Rheingauer Bote**“ (A. Meier's Buchdruckerei).

## Kathol. Frauenbund

(Zweigverein Rüdesheim a. Rh.)

Am Sonntag, 14. und Mittwoch, 17. November,  
abends 7 Uhr pünktlich beginnend,

gelaugt anlässlich des Goldenen Priesterjubiläums unseres  
hochwürdigen Herrn Stadtpfarrers Kohl  
im Saale des hiesigen „Katholischen Gesellenhauses“  
das biblische Schauspiel in 5 Akten

## „Miriam“

zur Aufführung.

Eintritt für Mitglieder: nummerierter Platz 4.— Mk., nicht-  
nummerierter Platz 2.— Mk.

Nichtmitglieder: num. Platz 5.— Mk., nichtnum. Platz 3.— Mk

## Wer noch gepflücktes Obst

(Äpfel und Birnen)

verkaufen will melde sich in der **Weinstube Corvers**  
am Markt.

## H. Laufersweiler Trauerfällen

Bingen, Salzstrasse 5

Bei

empfehle ich

Trauerhüte, Trauerschleier

Trauer-Crepe und Armflore

in jeder Preislage.

Auswahlendung sofort zur Verfügung.

## Fahrrad

Ein gut erhaltenes  
zu verkaufen.  
Jean Scheffler,  
Jakobstraße 6.

## Handleiterwagen

zu billigen Tagespreisen eingetroffen, sowie kleine  
Räder mit Beschlag bei

Joh. Preußig, Rüdesheim  
Wilhelmstraße.

## Sport-

Fußball-  
Ruder-  
Turn-

## Trikot u. Hosen

Sportstrümpfe  
jeder Art und Farben.  
Vorteilhafte Preise.

## Franz Brüning

Nachfolger  
Wäsche-Spezialgeschäft  
Bingen, Schmittstr. 8.

## D. Kahn

Kirchheimbolanden  
Telefon 73.

Bin Käufer u. Verkäufer  
von **Heu** und **Stroh**,  
**Speise-** und **Saattkar-**  
**toffeln**, allen Sorten  
**Rüben**, **Gemüse** und  
**Obst**, sowie **Holz**.

## KELLEREI- U. WEINBAUARTIKEL

KELLEREIMASCHINEN



## JULIUS HINCKEL SÖHNE

BAD KREUZNACH

MANNHEIMERSTRASSE Nr. 63

TELEPHON 893.

## Marien-Kalender

für das Jahr 1921 eingetroffen.

Preis 3.50 M.

A. Meier's Buchdruckerei Rüdesheim a. Rh.